

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 18 (1917)

Artikel: Hermann Farnau : Durch!... Zur Demokratie
Autor: Zurlinden, S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-750467>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

HERMANN FERNAU: DURCH!... ZUR DEMOKRATIE

Im ersten Juliheft 1916 von *Wissen und Leben* richtete der deutsche Schriftsteller Hermann Fernau in Zürich einen „Offenen Brief“ an die Machthaber der Westmächte. Er unterbreitete ihnen einen Vorschlag, der eine Handhabe zur Herbeiführung des Beginnes einer Verständigung bieten sollte. Worin sein Vorschlag bestand, erklärt Fernau resümierend im Artikel „Volk oder Regierung?“ (*Wissen und Leben*, 1. November 1916) mit den Worten:

„In einem offenen Brief an die Machthaber der Westmächte hatte ich ausgeführt, dass die eigentliche Gefahr und Quintessenz des deutschen Militarismus im Art. 11 der deutschen Reichsverfassung (souveränes Recht des deutschen Kaisers, über Krieg und Frieden zu entscheiden) gesucht werden müsse. Ich hatte hinzugefügt, dass ein Referendum über die Frage, ob dieser Verfassungsartikel in einem demokratischen Sinne abzuändern sei, von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes mit einem lauten „Ja!“ beantwortet werden würde, und hatte die leitenden Staatsmänner der Entente im Interesse der Abkürzung des Krieges gebeten, dem deutschen Reichskanzler und Volk ein solches Referendum vorzuschlagen.“

Herr Fernau wird schwerlich erwartet haben, dass einer der leitenden Staatsmänner der Entente seine Idee aufgreifen werde. Auch die Leser dieser Zeitschrift betrachteten sie wohl lediglich als schätzenswerten Versuch, einen Gedankenaustausch zwischen Angehörigen der verschiedenen kriegsführenden Staaten in die Wege zu leiten. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierungen der Westmächte jemals mit einem Antrag, wie ihn Fernau formulierte, an das Deutsche Reich gelangen werden, war ja von vornherein ausgeschlossen durch die Gewissheit seiner Ablehnung. Ein solches Experiment konnte man im Ernst der deutschen Regierung auch nicht zumuten. Statt eines allen preußisch-deutschen Verfassungsgrundsätzen und maßgebenden politischen Anschauungen widersprechenden Plebiszits hätte man von ihr ebenso gut die sofortige Abdankung verlangen können. Sie hätte sich selber aufgegeben und unmöglich gemacht schon durch die Anordnung einer Abstimmung, ob diese nun bejahend oder verneinend ausgefallen wäre. Und selbst die große Mehrheit derjenigen Deutschen, die mit einer Verfassungsänderung prinzipiell einverstanden wären, hätten sie nicht als Geschenk aus den Händen der Entente empfangen mögen. Sie wollen sich — mit Recht! — nicht von Fremden befreien lassen, sondern, wenn sie das für nötig und richtig finden, sich selber befreien.

Einen unmittelbaren praktischen Wert konnte also der Vorschlag Fernau nicht haben. Dagegen verschaffte er den Lesern dieser Zeitschrift den Genuss einiger geistreicher und interessanter Entgegnungen: Am 15. August 1916 die *lettre ouverte* von Prof. H. A. L. Fisher von der Universität Sheffield und im gleichen Heft die sehr beachtenswerten Ausführungen des Reichsdeutschen Hugo Kramer in Zürich über *Symptom und Ursache*. Am 1. September 1916 ließ sich Professor Aulard von der Pariser Sorbonne vernehmen. Aber auch sonst wurde die Anregung Fernaus in der Presse vielfach besprochen. Die *Gazette de Lausanne* widmete ihr am 26. August 1916 einen Aufsatz. In *Wissen und Leben* vom 1. November 1916 ergriff Fernau selber wieder das Wort zu einer Replik (*Volk oder Regierung? Eine Antwort auf Antworten*). Er musste konstatieren, dass er mit seiner Ansicht, das deutsche Volk selber wünsche in seiner großen

Mehrheit eine derartige Verfassungsänderung, fast allein stehe: „Die in dieser Zeitschrift, in verschiedenen Zeitungen und auch in zahlreichen Privatbriefen erfolgten Antworten auf diesen Vorschlag betonen fast einstimmig, ich sei das Opfer einer schönen Illusion; es sei unrichtig, dass das deutsche Volk eine solche Reform wünsche; der Weltkrieg habe bewiesen, dass die Regierung die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich habe.“ Gegenüber dieser allgemeinen Skepsis hielt Fernau an seiner Überzeugung fest: das deutsche Volk steht *nicht* hinter seiner Regierung. Er gründete diese Überzeugung auf die innerdeutschen politischen Vorgänge und Verfassungskämpfe seit hundert Jahren, bei denen „die Mehrheit des preußisch-deutschen Volkes eigentlich immer gegen seine Regierung stand“, auf die Reichstagswahlen von 1907 und 1912 und auf die häufigen Konflikte zwischen Reichstag und Regierung. Wohl scheine ganz Deutschland so-zusagen von einem unseligen Wahn berauscht, aber „das wahre Deutschland (ich meine jene acht Millionen nicht-pangermanistischer deutscher Wähler, ich meine das ganze große deutsche Volk *selbst*, das nur immer schweigt und arbeitet und seit vierzig Jahren den Dingen in stiller Verzweiflung und Ohnmacht zusieht) ist überhaupt noch nicht zu Wort gekommen. Nicht im Frieden und erst recht nicht im Krieg.“ Hätte das deutsche Volk — so muss man ergänzen — einmal Gelegenheit sich auszusprechen, etwa in einer Referendumsabstimmung, so würde man sehen, dass es ganz anders denkt als seine Regierung.

Diese Auseinandersetzung in *Wissen und Leben* bildete den Auftakt zu Fernaus neuestem Buche: *Durch! ... Zur Demokratie*. Es wendet sich in erster Linie an die Deutschen selbst und sodann an alle diejenigen, die wie Fisher, Aulard und viele andere noch nichts gemerkt haben wollen von jener „stillen Verzweiflung“ der Deutschen über ihre innerpolitischen Verfassungszustände, die vielmehr fast ausnahmslos nur eine stolze Freude der Deutschen bis in die untersten Schichten herab über ihr mächtiges und großes Reich wahrzunehmen glaubten. Uns Außenstehenden macht es in der Tat durchaus nicht den Eindruck, als sei man in Deutschland vor dem Kriege über die für ein modernes europäisches Staatswesen etwas rückständigen Verfassungszustände besonders unglücklich gewesen; sofern man sich überhaupt damit befasste, was selten genug geschah, schien man sie jedenfalls nur als ein sehr kleines Übel und auch dann noch als unerlässliche Vorbedingung für Deutschlands Aufschwung zu betrachten. Der Meinung nun, als ob *das* die Auffassung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes sei, möchte Fernau mit allem Nachdruck entgegentreten. Ob und inwieweit er damit Erfolg haben wird, muss dem einzelnen Leser zu beurteilen überlassen werden. Für uns liegt die Bedeutung des Buches weniger in seinen Feststellungen über die deutsche Mentalität, die sich ohnehin nicht mit absoluter Sicherheit beurteilen lässt, als in der Tatsache, dass der *preußische* Verfasser grundsätzlich für die Demokratie eintritt und nach Bewältigung eines reichen Materials und scharfsinniger Untersuchung der mit dem Weltkrieg zusammenhängenden Probleme zu dem Schlusse kommt: „*Los von Bismarck!* Das ist die Lehre dieses Weltkrieges für uns. Recht und Freiheit, nicht Blut und Eisen, sind der Kitt moderner Vaterländer.“

In vieler Hinsicht ist *Durch! ... zur Demokratie* eine wertvolle Ergänzung zu Fernaus bereits bekanntem, tapferem Buche: *Gerade weil ich Deutscher bin*. So wird im ersten Abschnitt in der Form „einiger Feststellungen künftiger deutscher Geschichtsschreiber“ die Frage der Schuld am Ausbruch des Krieges klargelegt. Die deutschen Geschichtsschreiber werden nach der Meinung Fernaus eines Tages konstatieren müssen: „Der diplomatische Ursprung dieses Weltkrieges,

die von der deutschen Regierung selbst aufgestellten und zugegebenen Widersprüche und Fälschungen in Sachen des ‚tatsächlichen Angriffes‘, sowie die nach Annexion verlangende Riesenliteratur und die bis in die Reihen der deutschen Sozialdemokraten hinein grassierende Annexionswut nötigen uns zu der für uns Deutsche gewiss betrübenden, aber historisch unumstößlich bewiesenen Tatsache, dass noch kein Krieg der Neuzeit deutlicher den Stempel eines Eroberungskrieges trug als der, den Deutschland am 1. August 1914 gegen die halbe Welt begann.“

Ausgangspunkt für die Darlegungen Fernaus ist die These, dass als die eigentlichen Urheber der Kriege die *Dynastien* zu betrachten seien. Mit diesem Begriff bezeichnet er aber nur die „von Gottes Gnaden“, d. h. unverantwortlich regierenden Dynastien, die keiner Volkskontrolle unterstehen. In dem Sinne, wie Fernau den Begriff „Dynastie“ verstanden wissen will, gilt dieser auch nicht nur für einzelne Personen oder direkte Angehörige der Herrscherfamilien, sondern überhaupt für alle, die im Verein mit den „von Gott gesetzten“ Herrschern die Geschicke eines Volkes bestimmen, so dass man an Stelle von „Dynastie“ nach Belieben auch „Oligarchie“ oder „Kamarilla“ lesen könnte. Und nun bemüht sich Fernau, seinen deutschen Landsleuten klar zu machen, dass Deutschland vollständig unter der Herrschaft einer solchen „Dynastie“ stehe. Preußen-Deutschland ist nach ihm nicht etwa eine konstitutionelle, sondern eine absolute Monarchie. Deutschland ist überhaupt keine Nation, sondern nur eine „Dynastie“, das deutsche Vaterland gehört gar nicht dem deutschen Volke. Wohl gebe es in Deutschland Leute genug, namentlich unter den Arbeitern, die die Dynastie instinktiv als eine ihnen feindliche Macht empfinden, „aber es gibt in ganz Deutschland kaum hundert Köpfe, die die Dynastie so sehen, wie sie wirklich ist, und unter diesen hundert gibt es kaum ein Dutzend ernsthafter Demokraten, die die dynastische Seite dieses Weltkrieges voll begriffen hätten.“ Diese von Fernau selber festgestellte Tatsache scheint mir für die Annahme zu sprechen, dass das deutsche Volk in seiner großen Masse noch gar keine Empfindung hat für die politische Bedeutung seiner Verfassung und darum sich unter ihr auch unmöglich so unglücklich fühlen kann wie er glaubt.

Die Machtvollkommenheit der preußischen Dynastie wird von Fernau beleuchtet anhand einzelner Bestimmungen der Reichsverfassung, die jener das Übergewicht im deutschen Bundesrat sichern. Der wichtigste ist der Art. 11, der die Leitung der deutschen Außenpolitik der souveränen Entscheidung des deutschen Kaisers überträgt. „Dieser Art. 11 ist der Schlüssel zur deutschen Geschichte der letzten vierzig Jahre; er ist auch der Schlüssel zum Weltkrieg.“ Ergänzend tritt dazu der Art. 68, der den Kaiser ermächtigt, zum Schutz der öffentlichen Sicherheit in jedem Teil des deutschen Bundesgebietes den Kriegszustand zu erklären. Art. 18 macht den Kaiser zum Chef der gesamten Reichsverwaltung, Art. 19 setzt ihn zum Exekutor gegen renitente Bundesmitglieder ein. In der Wahl und Entlassung des Reichskanzlers ist der Kaiser völlig frei. Hinwieder ist der Reichskanzler auch nur dem Kaiser verantwortlich und führt nur seine Befehle und Ideen aus. Die Gegenzeichnung des Reichskanzlers auf den kaiserlichen Willensakten hat nur formellen Wert. Die Staatssekretäre sind nur die Stellvertreter des Reichskanzlers; ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz gibt es nicht. Die Meinung des Reichstages ist für den Reichskanzler und die Staatssekretäre nicht bestimmend. Von Anfang an hatte der Reichstag keine souveräne, sondern nur eine geduldete, bedrohte und geschmälernde Existenz. Das Fehlen einer richtigen Wahlkreiseinteilung macht ihn zum Zerrbild einer

Volksvertretung. Ein Misstrauensvotum des Reichstages verpflichtet weder den Reichskanzler noch die Staatssekretäre zum Rücktritt. „Die deutsche Regierung braucht den Reichstag als Parade und Beweis ihrer Modernität; zum Regieren hat sie ihn ebensowenig nötig als ein Geschäftsinhaber die Meinung seiner Angestellten für die Führung seiner Geschäfte.“ So antworten denn auch die Regierungsvertreter auf Interpellationen aus dem Hause als Leute, die es eigentlich nicht nötig hätten.)

Entscheidend für die Frage, wem der Staat gehört, ist das Verfügungrecht über die bewaffnete Macht. Die wahre Macht liegt bei den Waffen, und die Frage aller politischen Fragen ist die: *Wem gehorcht die Armee?* Vor der französischen Revolution waren alle Armeen nur Werkzeuge dynastischer Interessen. Die Revolution schuf das Volksheer, das Vaterland und die Vaterlandsliebe. Aber schon Napoleon I. missbrauchte das Volksheer wiederum für seine egoistischen dynastischen Zwecke. Auch Preußen ging nun zur nationalen Armee über, und damit die Soldaten auch wirklich ein Vaterland hätten, das sie verteidigen konnten und mochten, versprach ihnen der König die Verfassung. Das Versprechen wurde nicht eingelöst, und in Preußen blieb alles beim alten. „d. h. Preußen hatte wohl seine Armee modernisiert, das preußische Volk aber hatte, dank dieser Modernisierung, seiner Dynastie zwar die Krone gerettet, im übrigen aber hatte es damit nur seine Pflichten vermehrt. Fortan besaßen wir Preußen zwar eine nationale Armee im Sinne der allgemeinen Wehrpflicht; was aber die Verwaltung, Ausstattung und Zweckbestimmung dieser Armee anging, so hatten wir nach wie vor nur das Recht, dem König nicht dreinzureden. Aus den neuen Pflichten, die der preußische Bürger übernommen hatte, leitete die preußische Dynastie nur neue Rechte *für sich* her.“ Die preußischen Soldaten werden nicht auf die Verfassung, sondern auf den König und Kaiser als ihren obersten Kriegsherrn vereidigt. Professor Delbrück röhmt, dass das preußische Offizierskorps noch heute von dem Geist der alten Germanen belebt sei, die nicht für das Land kämpften, sondern für den Fürsten, und sich niemals um den Zweck eines Krieges, um die politische Idee ihres Fürsten kümmerten, sondern ihm nur durch den Treueid persönlich verpflichtet waren. So fühlen sich die preußischen Offiziere auch heute noch tatsächlich als Gefolge ihres Königs. Im Frieden wie im Krieg ist er der unumschränkte Gebieter seiner Armee, und der Unterschied gegen frühere Jahrhunderte besteht nur darin, dass ihm der Reichstag die Soldaten bewilligt und das Volk sie bezahlt. Die kaiserliche Anrede: „An Meine Armee, an Meine Soldaten, Meine Marine“ usw. ist wörtlich zu nehmen. Die Kommandoerhältnisse ordnet er vollständig nach persönlichem Belieben. Das „deutsche Volksheer“ besteht nur in der Einbildung der Patrioten

Dieser militärische Absolutismus überträgt sich in Preußen-Deutschland nun aber auch auf das politische Gebiet. Das deutsche Volk, sagt Fernau, besitzt keine politische Freiheit (wenigstens keine solche, möchte ich beifügen, wie wir Demokraten sie verstehen). Deutschlands Politik ist wie Deutschlands Armee nicht national, sondern dynastisch. „Nicht Staatsmänner und Politiker stehen unsren Geschicken als Volk vor, sondern gottbefohlene Herrscher und Berufssoldaten. Das moderne Deutschland ist kein Bürger- und Volksstaat, sondern ein Militärstaat, kein Rechtsstaat, sondern ein Machtstaat.“ Überall untersteht der deutsche Bürger dem Offizier; er besitzt nur so viel Rechte und Freiheiten, als dieser ohne Schädigung seines Prestiges dulden kann. Die schweizerischen Antimilitaristen, so betont der Preuße Fernau, irren, wenn sie zwischen preußischem und anderm Militarismus keinen Unterschied machen. Anderswo die Bereit-

schaft zur Landesverteidigung, ist der Militarismus in Preußen ein mit göttlichen Vorrechten ausgestattetes, über jeder Bürgermoral erhabenes, souveränes Regierungsprinzip. „Antimilitaristen, die diesem fundamentalen Unterschied nicht Rechnung tragen, sind borniert.“

Um aber mit ihrer eisernen Militärdisziplin in unserm modernen Zeitalter nicht einen allzu despotischen Eindruck zu machen, braucht die preußische Dynastie eine philosophische und wissenschaftliche Rechtfertigung ihrer Herrschaft. Das besorgen die im Dienste der Dynastie stehenden Professoren. Der Philosoph Hegel schuf an Stelle der durch die Aufklärung abgeschafften und nur noch zu Kriegszwecken dienenden Götter eine neue Gottheit: *den Staat*. Der Staat ist göttlicher Essenz, der Mensch nicht Selbstzweck, sondern nur Baustein zum Staat, das Volk derjenige Teil des Staates, der nicht weiß, was er will: das wurde die Grundidee des Preußentums, das mit Bismarck endgültig triumphieren sollte. Mit seiner obscur-eleganten Schreibweise ergänzte Hegel die brutalen und mittelalterlichen Prinzipien Metternichs so glücklich, dass er zum preußischen Staats-Philosophen erhoben wurde. Wer fortan den Hegelschen Grundsatz, dass der Staat alles, der Mensch nichts sei, nicht anerkannte, wurde geächtet und verfolgt. Wie Metternich in Hegel, fand Bismarck in Treitschke einen intellektuellen Vervollständiger seiner Staatskunst. Treitschke wurde wie Hegel mit Ehren überhäuft und zum Nationalgenie ausgerufen. Sein Einfluss in Deutschland war enorm. Er und seine Schüler gaben dem Pangermanismus und der Eroberungsidee jene wissenschaftliche und staatsrechtliche Grundlage, die der theoretische Nährboden für die dynastische Rüstungs- und Kriegspolitik der letzten Jahrzehnte gewesen ist. Der Satz „Staat ist Macht“ ist die Grundidee der Treitschkeschen Politik. Aus ihm ergibt sich notwendig die Verwerfung aller völkerrechtlichen Verträge und Verständigungsmöglichkeiten und als positives Resultat die Verherrlichung des Krieges. Fernau zeigt überzeugend, welche Gefahren für die äußere Politik die preußische Staatsrechtslehre mit sich bringen musste. Sie verschuldete die politische Isolierung Deutschlands infolge seiner Haltung auf den Friedenskonferenzen im Haag 1899 und 1907, und zugleich seine geistige Isolierung, da sich die Philosophie und Staatsrechtslehre der andern Kulturvölker in gerade entgegengesetzter Richtung entwickelte. Für sie war das Leitmotiv nicht „Staat ist Macht“, sondern „Staat ist Recht“. Ihr galt der Krieg je länger je mehr als überwundener Standpunkt, schlimmstens noch als schreckliche Notwendigkeit, immer aber als etwas Unmoralisches, von dem die zivilisierte Welt sich befreien müsse. Treitschke dagegen widmet in seiner *Politik* der Heiligkeit des Krieges ein besonderes Kapitel, erklärt ihn als den mächtigsten Volksbildner, als das einzige Heilmittel für kranke Völker, und sagt: „Darin aber liegt die Hoheit des Krieges, dass der kleine Mensch ganz verschwindet vor dem großen Gedanken des Staates“. Nicht nur die Lobpreisung und Rechtfertigung des Krieges, sondern auch die Begründung des aus dem Krieg abzuleitenden Rechts des Stärkern ist Treitschke bei seinen Anhängern glänzend gelungen. Er und seine Schule verstanden es, den Krieg, und zwar auch den Eroberungskrieg, als heilige Pflicht des Staates darzustellen, ihn aber dann doch zugleich wieder nicht als Eroberungskrieg erscheinen zu lassen. Man merke sich ein für allemal: *Preußen erobert nicht*; es handelt entweder aus Notwehr oder kraft eines höhern Rechts. Wer eine siegreiche Armee hinter sich hat und den Willen der Vorsehung ausführt, darf eine Rechtsmoral und Wissenschaft für sich beanspruchen. Die gleiche Handlung, die bei einem Privatmann als Diebstahl, Betrug oder Erpressung gelten würde, wird dank der

siegreichen Armee ein ruhmreicher Akt der Existenzsicherung und höheren Gerechtigkeit. So wird auch nach dem gegenwärtigen Kriege Preußen-Deutschland, wenn es siegt, von den durch seine Truppen besetzten Gebieten *alles* behalten, was es nur irgend behalten kann und zu halten vermag, davon darf man vollständig überzeugt sein; aber das wird natürlich nicht geschehen unter dem Titel der „Eroberungen“, sondern mit der Begründung der „Existenzsicherung“ und „notwendigen Garantie gegen künftige Überfälle“. „So ist das historische Recht und die Philosophie von der Göttlichkeit des Staates nur eine moderne Übertrübung des mittelalterlichen Gewaltrechts der Dynastien.“

Eine Menge von politischen Fragen, zu deren Besprechung das stoffreiche Buch Fernaus anregt, muss hier übergangen werden, um dem Kernpunkt noch einige Worte widmen zu können. „Durch... Zur Demokratie“. Das ist das Ergebnis, welches Fernau von diesem schrecklichsten aller Kriege erhofft. Er wünscht und ersehnt es für Deutschland, und so leidenschaftlich ist sein Verlangen nach diesem Kriegsresultat, dass es ihm um den Preis einer militärischen Niederlage Deutschlands keineswegs zu teuer erkauf zu sein scheinen würde. Im Gegen teil: diese Niederlage wäre ihm geradezu Bürgschaft und Vorbedingung eines Sieges der Demokratie in Deutschland. Ist das deutsche Volk reif für die Demokratie? Eine schwer zu beantwortende Frage. Ich meinerseits werde trotz dem glänzenden Plaidoyer Fernaus für das „demokratische, kriegsgegnerische und annexionsfeindliche“ deutsche Volk gewisse Zweifel nicht los. Es soll den Wert von Fernaus dankenswerter Arbeit in keiner Weise mindern, wenn ich ehrlich bekennen muss, dass er mich in diesem speziellen Punkt nicht zu überzeugen vermochte. *Nach dem Kriege*, hat man mir gesagt, werde es Millionen Demokraten in Deutschland geben. Mir wäre es lieber gewesen, es hätte sie *vor* dem Kriege gegeben; der Krieg wäre dann nicht gekommen. Es gab aber, wie Fernau selber sagt, kaum hundert Demokraten im ganzen Deutschen Reich (denn darüber, dass auch die sogenannten Sozialdemokraten keine Demokraten waren, braucht man heute kein Wort mehr zu verlieren). Nun ist es ja wohl denkbar, dass dieser Krieg schwere Folgen für die innere Politik in Preußen-Deutschland haben könnte, wenn er im militärischen Sinne ergebnislos bleiben sollte; ein entsetzliches Unglück für die Deutschen ist er auf alle Fälle. Der Zorn über das Fehlschlagen des großen Unternehmens würde sich naturgemäß gegen diejenigen richten, die vor und während dem Krieg die Macht der souveränen Entscheidung besessen. Aber Zorn und Wut über die verantwortlichen Männer und selbst als eventuelle Konsequenz hievon einige personelle Veränderungen in der Leitung der Landesgeschicke wären noch lange kein Beweis dafür, dass sich Deutschland nun der Demokratie verschreiben wolle. Und wenn sogar das Unwahrscheinlichste geschähe, die Monarchie abgeschafft und an Stelle von Wilhelm II Herr Philipp Scheidemann zum Haupt einer sozialen Republik ausgerufen würde, wäre damit für die Demokratie noch verdammt wenig gewonnen. Wohl aber könnte das deutsche Volk vielleicht die gleiche Erfahrung machen wie Dr. Friedrich Locher, der nach der unblutigen Zürcher Revolution von 1867 den siegreichen Demokraten erbittert zurief, dass er die liberalen Herren nicht deswegen gestürzt habe, „um eine noch viel verflüchttere Clique an ihre Stelle zu setzen“.

Übrigens ruft auch Fernau nicht etwa nach der Revolution. Die Personenfrage und der Name des Regierungssystems sind ihm Nebensache, wenn nur dieses System selber geändert wird und die Ungeheuerlichkeit aufhört, dass ein einzelner Mensch darüber entscheiden darf, ob die ganze Welt in den Krieg gestürzt werden soll oder nicht. Das ist in der Tat das Wesentlichste. Eine

Änderung in diesem Punkt würde schon von selbst eine gewisse Demokratisierung des ganzen Regierungssystems herbeiführen. Diese Änderung hätte längst erfolgen sollen, und das deutsche Volk hat einfach eine Pflicht gegen sich selbst und gegen die andern Völker versäumt dadurch, dass es nicht rechtzeitig Vorsorge zur Einschränkung einer so furchtbaren Machtvollkommenheit traf. Anstatt so viel davon zu schwadronieren, dass die Natur der andern Völker durch die Deutschen gehoben werden müsse (Naumann) und dass Deutschland für die ganze Welt eine „Verantwortung vor Gott“ trage, hätte man besser dem lieben Gott diese Verantwortung überlassen und für die andern Völker am richtigsten dadurch gesorgt, dass keinem von ihnen von Deutschland ein Leid geschah. Mehr verlangte niemand von Deutschland. In seinem warmherzigen patriotischen Bemühen, das deutsche Volk von aller Verantwortung für den Krieg zu entlasten und die Schuld allein auf die „Dynastie“, den Kaiser und seine Ratgeber, zu werfen, geht Fernau nach meiner Meinung insofern zu weit, als er nicht genug betont, dass man in Deutschland schon viel früher gegen dieses Regierungssystem hätte energisch Widerstand leisten sollen. „Das hat man ja doch getan! es hat aber nichts genützt!“ klagt Fernau. „Vor der Dynastie sind alle freiheitlichen Begriffe und Bestrebungen immer wieder zusammengeknickt, . . . unsere Dynastie war es, die uns zwang, preußisch zu werden.“ Das ist die Logik Bismarcks: „Ich habe einige Male lügen müssen,“ sagte er, „aber ich habe es immer denjenigen nachgetragen, die mich zum Lügen gezwungen haben.“ Es ist doch auffällig, dass der Widerstand gegen den Absolutismus überall sonst Erfolg hatte, nur gerade in Deutschland nicht. Wenn Preußen-Deutschland „das Eldorado der Titel, Uniformen und Orden“ genannt werden muss, wenn das deutsche Volk kritiklos jede „amtliche Mitteilung“ als Evangelium hinnimmt und ohne lange zu fragen sich mit „jubelnder Begeisterung“ in den Krieg stürzt, dann muss das nationale deutsche Übel des Gehorsams doch wohl tiefer sitzen als Fernau glaubt. Das deutsche Volk fühlt sich geschmeichelt durch das Lob, das kriegstüchtigste der Erde zu sein, und auch ein Mann wie Fürst Bülow kann nicht umhin, sich bei ihm in seinem Buche von der deutschen Politik durch eine Verbeugung vor der erhabensten deutschen Tugend, dem kriegerischen Sinn, einleitend zu empfehlen. Mit den Aussprüchen aus allen Ständen und Klassen, Vereinen, Parlamenten, Parteien usw., welche in tollem Wetteifer nach Annexionen rufen, hat S. Grumbach einen dicken Band gefüllt. Die alldutschen und imperialistischen Bücher und Broschüren erleben die stärksten Auflagen; es muss also doch große Nachfrage danach vorhanden und der imperialistische Geist weit verbreitet sein. Von der Demokratie aber hört man aus Deutschland wohl nicht bloß deswegen nichts mehr, weil es gegenwärtig verboten ist, davon zu reden, sondern weil auch das *Interesse* dafür schon vor dem Krieg ein minimales war. Dem Worte haftet dort ein gewisser Pöbelgeruch an, mit dem ein anständiger Bürger nichts zu tun haben will. Ist es nicht rührend, wie Horneffer sich gegen Chamberlains Vorwurf, als sei immer noch zu viel Demokratie in Deutschland, mit dem ärgerlichen Ausruf verteidigt: „Wer vom Westen kommt, mag an Demokratie krank sein; *wir sind das nicht.*“

Bei dieser Gemütsverfassung wüsste ich nicht, wo die Demokratie in Deutschland herkommen sollte. Diese höchste und edelste Staatsform setzt eine innere Reife, eine geistige Unabhängigkeit und eine politische Einsicht voraus, die nur in Jahrzehntelangem politischen Kampfe entstehen kann und für die schon ein bedeutendes Maß von aufklärender Vorarbeit geleistet worden sein muss. An dieser Vorarbeit hat es allerdings nicht ganz gefehlt. Das Verdienst

hiefür kommt vor allem den Pazifisten zu — insbesondere Dr. Alfred H. Fried, gegen den Fernau eine nach meinem Gefühl überflüssige Polemik führt, indem er ihm vorwirft, dass er sich zu sehr nur mit der „zwischenstaatlichen Anarchie“ und der „Friedenstechnik“ befasse, statt die Dynastien, die Wurzel alles Übels, aufs Korn zu nehmen. Ich finde im Gegenteil, dass Fried, vielleicht ohne selbst Demokrat zu sein, durch seine unermüdliche Tätigkeit für den Pazifismus auch der Demokratie sehr wertvolle Pionerdienste geleistet hat. Das scheinen auch die deutschen Machthaber zu empfinden, sonst hätten sie wohl nicht seine Schriften verboten. Gerne hätte ich auch die Bemerkung auf Seite 247 über den „Nazarener“ vermisst. Mit einem solchen „Witz“ wird das tief einschneidende religiöse Problem, vor das der Krieg uns stellt, nicht erledigt.

Soviel nach der kritischen Seite hin. Das Buch als ganzes ist die aus bester vaterländischer Gesinnung entflossene, mutige Tat eines Deutschen, die ihre Früchte tragen wird. Schweizern ist es ganz besonders zu empfehlen. Wir haben es nötiger als die Deutschen selber, über die hier erörterten Begriffe „Staat“ und „Demokratie“ ins klare zu kommen, und der Preuße Fernau weiß darüber besser Bescheid als mancher geborene Schweizer. Es ist die rein gefühlsmäßige, kritiklose Sympathie für das Deutschtum, die auch bei uns, sogar von Kanzeln und Kathedern herab, für die Treitschkesche Staatslehre wirkt und wirbt, d. h. für eine Staatslehre, die in ihren Konsequenzen mit tödlicher Sicherheit zu unserm Untergang als Freistaat führen muss. Solche Schweizer wissen nicht, was sie tun. Sie könnten sich von Fernau Aufschluss geben lassen über den krassen „wissenschaftlichen“ Schwindel und den frechen Volksbetrug, der in dieser Lehre steckt. Der Schwindel besteht kurz gesagt darin: diese Lehre — Staat ist Macht; Macht ist Recht; der Staat ist alles, der einzelne Mensch nichts — tritt auf als ein neu „erkanntes“, wissenschaftlich festgestelltes Naturgesetz, wie etwa das von Newton entdeckte Gesetz der Schwere, das einfach widerspruchsfrei hingenommen werden muss. Die Treitschkesche Staatslehre ist nun aber kein Naturgesetz, sondern nur eine raffiniert ausgeklügelte, *staatsrechtliche Theorie*, und zwar die Theorie, die dem *Absolutismus* am besten passt und dient. Der Absolutismus ist jedoch nicht die einzige mögliche, sondern nur *eine* von verschiedenen, denkbaren und bestehenden Staatsformen (absolute und konstitutionelle Monarchie, repräsentative und reine Demokratie etc.).

Zum Schwindel tritt der Betrug: der „Staat“, von dem eine genaue Definition vorsichtshalber meist nicht gegeben wird, erscheint in der Theorie als das *Volksganze*. Es leuchtet dem einfachsten Manne ein, dass seine persönlichen Interessen vor dem Ganzen, wenn dieses in Gefahr ist, zurücktreten müssen. Man wird ihm ohne Mühe begreiflich machen können, dass der, der nicht so denkt, ein „Staatsfeind“, ein Feind des Volksganzen, ein eigensüchtiger Egoist und „Individualist“ sein muss, der nichts von seinem Eigenen für das Ganze opfern will. Mit diesem Stigma werden die Gegner der Treitschkeschen Staatslehre gezeichnet. Wer auf diesen Betrug hereinfällt, vergisst, dass nur in der reinen Demokratie, niemals aber in der absoluten Monarchie Staat und Volksganze identisch sind. Wer ist in Tat und Wahrheit der „Staat“? Er ist der Inhaber und Träger der Macht. Das ist unter dem Absolutismus in keinem Fall das Volk. Fernaus Buch gibt darüber besonders lehrreichen Aufschluss. Das Volk ist vielmehr nur das Objekt, über welches die Inhaber der Staatsgewalt ihre Macht ausüben. Die einzelnen Menschen also, die dem Staat gegenüber ganz klein und unbedeutend und gar nichts sind, das sind nicht etwa *jene* Menschen, die den Staat regieren und denen der Staat faktisch gehört; diese

sind vielmehr ungeheuer wichtig, mächtig und reich, und werden es immer mehr. Für diese Menschen ist dann auch der Krieg — der für jedermann sonst ein entsetzlicher Blödsinn ist — etwas „Hohes“ und „Heiliges“. Begreiflicherweise. Er ist der allerbeste Zuchtmeister für das Volk zum Gehorsam und zur Unterordnung. Er bringt vermehrte Macht, vermehrten Ruhm und auch ganz realen, materiellen Gewinn für die, so an der Quelle sitzen. Fernau erwähnt beispielsweise das Fazit des Krieges von 1870/71: gewaltig gesteigerte Macht der Hohenzollern-Dynastie; für Moltke aus der französischen Kriegsentschädigung vorweg ein Trinkgeld von 900,000 Mark, für andere Generalstabsoffiziere 300,000 Mark, für Bismarck den Sachsenwald. Das ist allerdings kein „Blödsinn“ für diese Herrschaften, sondern „eine weise Einrichtung in Gottes Weltordnung“. Nur für die Kriegsinvaliden konnte kein Ehrensold bewilligt werden, weil kein Geld mehr da war.

Anhänger und Gegner Treitschkes sind einig in dem Punkte, dass seine Lehre vor dem Richterstuhl der bürgerlichen Moral (von der christlichen gar nicht zu reden) nicht bestehen kann. Die ersten erklären deshalb einfach: für den Staat (lies: für die Inhaber der Staatsgewalt) gilt die bürgerliche Moral überhaupt nicht. Ein gefährlicher Grundsatz. Er bedeutet die schrankenlose Willkür und Anarchie in der Landesregierung. Eine Regierung, die sich zu diesem Grundsatz bekennt, kann nicht auf die Dauer vor ihrem Volke bestehen. Sie lebt bis auf weiteres noch von dem Kapital des Vertrauens, das sie in der Vorstellung des Volkes als Hüterin von Recht und Gesetz genießt, von der man natürlich voraussetzt, dass sie nicht selber der Lüge, des Betruges und des Rechtsbruches sich schuldig mache. Sobald das Volk inne wird, dass dies doch geschieht oder geschehen ist, schwindet das Vertrauen, und der Regierung wankt der Boden unter den Füßen. Und wie kann eine Regierung, die die Treitschkemoral zur Staatsmaxime erhebt, erwarten, bei andern Regierungen und Völkern Glauben und Vertrauen zu finden? Man ist ja nie davor sicher, von ihr infolge irgend einer „Staatsnotwendigkeit“ angelogen zu werden. Deshalb könnte, so meinen wir, eine Regierung nichts eiligeres tun, als sich mit allem Nachdruck von jeder Gemeinschaft mit der Treitschkemoral loszusagen. Wenn das aber nicht geschieht, vielmehr der Urheber derselben mit Ehren überhäuft, seine Lehre in Universitäten, Kirchen und Schulen ungehindert vorgetragen wird, während man die Schriften, die einen andern Standpunkt einnehmen, durch die Zensur verbieten lässt, dann ist nicht zu vermeiden, dass aus dieser Haltung sehr nachteilige Schlüsse gezogen werden.

„Es geht eben nicht anders,“ behaupten die Verteidiger des Krieges und der Treitschkemoral. Das hat es immer geheißen, wenn Bevorrechtete etwas von ihrer Macht für das allgemeine Beste opfern sollten. Aber es ist noch immer gegangen, wenn nur das Volk den Mut und die Ausdauer hatte, auf seinem Verlangen zu *beharren*. Es geht nur so lange nicht, bis in einer genügenden Anzahl Köpfe der *Wille* und der Entschluss gereift ist, dass es jetzt einmal anders gehen *muss* und dass man den Widerstrebenden klar zu machen habe: wenn es nicht geht *mit* Euch, dann geht es *ohne* Euch — und dann geht halt Ihr! Der Absolutismus kann nicht leben ohne die Treitschkemoral, ohne die unbedingte Untertänigkeit des Volkes und ohne Krieg. Im Angesicht des Weltkrieges stellt Fernau die Frage: Soll nun der Absolutismus verschwinden oder soll die Welt am Absolutismus noch zugrunde gehen? Und er antwortet: Wir wollen *leben* und in Freiheit atmen. Darum „Durch! Zur Demokratie!“

Die Demokratie macht die Menschen noch nicht zu Engeln. Darüber

macht sich auch Fernau keine Illusionen, wie sein noch vor dem Krieg erschienenes Buch über die französische Demokratie beweist. Auch wir in der Schweiz, die sich der Demokratie erfreut, halten uns deswegen nicht für besser als andere. Wir haben die gleichen Fehler wie die Deutschen, vielleicht noch einige dazu. Wir sagen nicht bloß zu den Großen dieser Welt: Ihr seid Menschen wie wir, sondern auch umgekehrt: wir sind nicht anders und besser als Ihr, nur haben wir keine Macht und *können* darum unsren Wünschen und Launen nicht nachgeben. Hätten wir eine solche absolute Macht, weiß Gott, was wir alles anstellen würden. Wir sind als Volk zu klein und zu schwach, um jemals andern gefährlich werden zu können. Im Innern aber sorgen unsre *demokratischen Institutionen* dafür, dass keiner, und sei er noch so hochgestellt, eine ungebührliche Macht erlangen und sie missbrauchen kann. Eine besondere Moral für Regierungen wird nicht geduldet. Wollte eine Regierung eine solche beanspruchen, so würde sie abgesetzt und unter Anklage gestellt. Kant sagt in seinem Traktat *Vom ewigen Frieden*: „Das Problem der Staatseinrichtung ist, so hart es auch klingt, selbst für ein Volk von Teufeln (wenn sie nur Verstand haben) *auflösbar* und lautet so: eine Menge von vernünftigen Wesen, die insgesamt allgemeine Gesetze für ihre Erhaltung verlangen, deren jedes aber insgeheim sich davon auszunehmen geneigt ist, so zu ordnen und ihre Verfassung einzurichten, dass — obgleich sie in ihren Privatgesinnungen einander entgegenstreben — diese einander *doch so aufhalten*, dass in ihrem öffentlichen Verhalten der Erfolg eben derselbe ist, als ob sie keine bösen Gesinnungen hätten.“

Die Lösung des Problems, welche Kant vorschwebt, heißt: *reine Demokratie!* Auch sie hat ihre Theorie, nur darf diese mit ungleich größerem Rechte als diejenige des Absolutismus die Allgemeingültigkeit und Unwidersprechlichkeit eines Naturregtes beanspruchen. Oder wird mir ein Professor irgend einer Fakultät hier entgegentreten, wenn ich sage: es gibt auf Erden keine menschlichen Geschöpfe, welche im Ernste von sich behaupten könnten, sie seien hundert- oder zweihundertmillionenmal gescheidter als andere Menschen. Alle Menschen sind ungefähr gleich. Klugheit, Intelligenz, moralische Qualität sind unabhängig von Geburt, Geld oder Nation. Darum sollen keine einzelnen Menschen oder Gruppen von Menschen das Recht haben, über Leben und Eigentum, Gesundheit, Freiheit, Heimat und Vaterland von Millionen anderer Menschen souverän und schrankenlos zu verfügen. Es soll darum auch kein einzelner Mensch und keine Gruppe von Menschen auftreten mit dem lächerlichen Anspruch auf unbedingten Gehorsam von seiten der andern Menschen. Gehorsam ist für die Kinderstube, die Schule, den Kasernenhof, nicht aber für die bürgerliche Gemeinschaft der Erwachsenen. Für diese gibt es nur eine Art von Gehorsam: den selbstverständlichen Rechtsgehorsam, die selbstverständliche Unterordnung unter das für *alle* — hoch und niedrig, Regierende und Regierte — gleich verbindliche *Gesetz!* Die Schranken des Gesetzes und der Verfassung sind deshalb für Regierende fast noch nötiger als für Regierte, weil jede Beamtung und Kompetenz ein gewisses Bruchteil von Macht und Verfügungsrrecht über andere verleiht, das bei nicht genügend gefestigtem Charakter leicht missbraucht werden könnte. Der Mensch, heiße er wie er wolle, bedarf der Schranken auch zum Schutze vor sich selbst wie zum Schutze der andern vor ihm. Für die mittelalterliche Vorstellung einer Vormundschaft, einer vom Himmel her verliehenen „Verantwortlichkeit“ Einzelter oder gewisser Klassen für andere, für ganze Völker oder auch einzelner Völker für andere Völker ist in der modernen Welt kein Platz mehr. Die Demokraten des 20. Jahrhunderts haben es als ein Naturregtes „er-

kannt", dass jeder Mensch gerade genug zu tun hat mit der Verantwortlichkeit für sich selber. Darum muss, wenn das Schicksal des *ganzen Volkes* bestimmt werden soll, auch *die Summe der Intelligenz des ganzen Volkes* dabei mitwirken können, und nicht bloß die Intelligenz eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe von Menschen. Jene Mitwirkung der Intelligenz und des guten Willens *Aller* wird durch die Demokratie ermöglicht. Das ist ihr erhabener Sinn und Zweck. Hiefür kämpft mit Begeisterung, mit Mannesmut und Offenheit Hermann Fernaus *Durch! Zur Demokratie!*

ZÜRICH

S. ZURLINDEN

□□□

NEUE BÜCHER

DIE STUNDE DES MARTIN JOCHNER, von Hermann Kesser. Kurt Wolff, Verlag, Leipzig.

Im Essay *Der Journalismus und die politische Seele*, verkündigt in der *Frankfurter Zeitung*, bespiegelt Hermann Kesser Wesentlichkeiten eines (gewissenssinnes noch zukünftigen) produktiven deutschen Journalismus politischer Natur. Erfordernisse sind: Politisierung der Geister, gegenseitige Föderation, statt Kollision, von *furor philosophicus* und *furor politicus*. Nietzsche zwar wünscht Verderben dem Staate, in dem sich noch andere als Staatsmänner um Politik kümmern. Das so nebenbei.

Also der politisierte Literat! (Aber Kesser meint überhaupt die denkende Allgemeinheit.) Jene Geistesprovinz, das Zeitungsreich der Zukunft, prophezeit er, ist *dem* politisch fruchtbaren Schriftsteller, der nicht Politik und Journalismus bloß nebenher „treibt“ und schreibt, sondern lebt. Etwa einem Martin Jochner...

Da ist Martin Jochner, Chefredaktor und Romanheld. Nervöse Aktivität, Wille zur Macht, sehr reichlich Egoismus, partielle *petrificatio cordis* — so lautet die Psychodiagnose. Aber er erlebt den Kriegsausbruch, seine beziehungstiefe „Stunde“. Da wird er ganz Renaissancegedanke... er erkennt, „daß der Feind in ihm wie in allen hauste, und dass die Stunde war, ihm Leben und Blut zu stellen, *weil man der Zeit*

satt geworden war“. (Er hofft auf einen alles zerwühlenden Umsturz, gewissermaßen an die immer noch, oh! wie sehnlich erwartete „Menschheitsläuterung“ durch den Krieg.) Und als er die Begeisterungswut der Leutemenge bei der Mobilisierungsproklamation durchs Fenster mitansieht, rettet seine Zunge aus dem inneren Sturme nur: „Alles wird gut! Wir werden uns alle bewegen!“ — Das sind doppelwandige Worte; die bleiben wohl nicht in den Wind gesprochen...

Nein. Er bewegt sich. Schneidet sofort sein Privatleben ab (es war *gehetzt*, wie sein Zeitungsbetriebeleben); er *löscht* seine Persönlichkeit aus, er *ordnet sich ein*, löst sich auf in den heißpulsigen Gegenwartsideen...

Was hatte er aufzugeben? Das bleibt im Dunkel. Auf das sehnstüchtigste aller Fragezeichen seines Lebens: wird sie mein? (Sie ist Schauspielerin von Beruf und verschwommenen Charakters) brüllt der Krieg die Antwort. Die ist aber immer — —

Mag sie sein, wie sie will! Jochner opfert seine Zukunft und sich. Und er tut das ganz ohne Lärm. —

Einen Blick sendet noch der Mensch zurück. Nämlich auf Kessers Technik:

Die Geschicke der beiden Hauptgestalten Jochner und Dore sind zwei Kurven mit zwei Schnittpunkten: Beginn und Ende der Herzensbeziehung. An zweitrangigen Personen leben da in